



Berlin, 3. Dezember 2009

GdP übt scharfe Kritik am Ausstieg Hamburgs und Sachsens aus der Gewalt-Studie

Freiberg: Persönliche Profilierung auf dem Rücken der Polizei

Berlin. Als „Heuchelei“ hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, die von den Ländern Hamburg und Sachsen vorgebrachten Gründe bezeichnet, mit denen sie ihren Ausstieg an der bundesweiten Studie „Gewalt gegen die Polizei“ angekündigt haben.

Gleichzeitig bezeichnete Freiberg die Behauptung des Hamburger Innensenators Christoph Ahlhaus, die Studie habe keine Akzeptanz mehr unter den Polizeibeamten als vermessen. Freiberg: „Dass der Hamburger Innensenator für die gesamte Polizei in Deutschland spricht, halte ich für eine Anmaßung.“ Da sei, so Freiberg, wohl eher persönliche Profilierung im Spiel – und das auf dem Rücken der Sicherheit der Polizeibeamtinnen- und beamten.

Mit Hamburg und Sachsen, so der GdP-Vorsitzende weiter, sei es augenscheinlich den Kräften gelungen, die Studie zu torpedieren, die von Anfang an offenbar eine Scheu vor der Wahrheit hatten. Der GdP-Vorsitzende plädierte an die übrigen Bundesländer und an den Bund an ihrem Vorhaben festzuhalten.

Freiberg: „Immer wieder ist uns in der Vergangenheit vorgehalten worden, es existierten keine belastbaren bundesweiten Erhebungen über das Ausmaß des Autoritätsverlustes, der Respektlosigkeit und der Gewalt gegen Polizeibeamte. Genau mit diesem Argument sind berechnete Forderungen der GdP für einen besseren Schutz meiner Kolleginnen und Kollegen in den Ländern häufig zurückgewiesen worden.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190